

Bücklinge vor dubiosen Despoten

Die Nicht-Politik des Westens angesichts der iranischen Gefahr

Der „Heilige Krieg“ gegen die Schweiz ist verkündet: Libyens Diktator Ghaddafi ruft zum Boykott der Alpenrepublik auf, verlangt, diesen Staat aufzulösen und erklärt jeden Muslim, der Verbindungen dorthin unterhält, zum „Ungläubigen“. Zugleich prophezeit der iranische Präsident Ahmadinejad erneut die „Vernichtung“ Israels und nennt die Juden, die in dieses Land eingewandert sind, „das verbrecherischste Volk der Erde“. Demnächst schon, so Ahmadinejad, würden „die Palästinenser und die Nationen des Mittleren Osten von dem bösen Fluch befreit“, da Israel, der Vorposten der westlichen Kreuzfahrer und Kriegstreiber, bald beseitigt sei. Die islamische Jugend werde dem Westen „die Hände abhacken“, die er gierig nach den Schätzen der islamischen Welt ausstrecke.

Es ist eine Art Wettbewerb unter islamischen Wortführern. Traditionell eine Frage der Ehre. Im Alt-Arabischen nennt sich diese Kunst *matalib*, Schmähung des Gegners, meist begleitet von der Rühmung der eigenen Sache, *mafachir*. Es handelt sich um alte Bräuche nomadischer Wortschlachten, aus den Stammeskriegen der Wüste überliefert. Auch der türkische Premierminister Erdogan kann nicht zurückstehen: er lädt europäische Politiker türkischer Abstammung nach Ankara ein, um sie zu instruieren, in ihren europäischen Ländern aktiv gegen eine Integration der dortigen Muslime zu wirken. Die sozialen Leistungen dieser Länder sollen ausgenutzt, Stadtteile besetzt, möglichst No Go Areas für Nichtmuslime geschaffen, doch die eigene muslimische Ehre und Glaubensreinheit gewahrt werden, die durch Integration gefährdet sei. Und als der außenpolitische Ausschuss des amerikanischen Repräsentantenhauses und der schwedische Reichstag wagen, den türkischen Völkermord an den Armeniern einen Völkermord zu nennen, werden unter großem Getöse der türkische Botschafter aus den USA, kurz darauf auch der aus Schweden abberufen.

Nachrichten weniger Tage. Man kann sich damit trösten, dass es sich in erster Linie um Rhetorik und politisches Theater handelt. Man kann – wie es viele europäische Politiker tun – den „clash of civilisations“ leugnen, auch wenn die Sprache, die wir aus islamischen Ländern zu hören bekommen, mehr und mehr die Sprache des Krieges ist. Man kann auch den Krieg, mit dem Europa, Amerika und Israel längst überzogen werden, leugnen. Letzte Zuflucht derer, die keine Idee haben, wie einem Übel Abhilfe zu verschaffen sei: leugnen, dass es existiert.

Die Ansichten über die Gefährlichkeit der iranischen Atomrüstung gehen auseinander. Gerade in Europa gibt es Stimmen, die diese Gefahr herunterspielen. Es gibt Firmen, die mit dem aggressiven Staat fundamentalistischer Kleriker weiterhin Geschäfte machen, Embargos unterlaufen, das Terror-Regime mit hightech-Material, Waffen-Technologie und empfindlichen Teilen für sein Atomprogramm versorgen. Auch mit den Mitteln, die eigene Bevölkerung blutig zu unterdrücken. Man tut, als bestünde keine unmittelbare Gefahr. Doch selbst wenn es zutreffen sollte, dass wir alle noch nicht unmittelbar von iranischen Atomwaffen bedroht sind, dass bis dahin noch ein wenig Zeit ist, dass man nichts übertreiben und nichts überstürzen solle, bleiben andere Wirkungen des aggressiven iranischen Auftretens, die den Westen beunruhigen müssten.

In Wahrheit unterminiert der Iran den Stand Europas in der Welt. Vor allem in der Welt von Morgen. Der Wettbewerb muslimischer Führer im Bedrohen und Beleidigen des Westens gilt einem etwas nebelhaften, aber riesenhaften Publikum, einem schwer zu fassenden, weithin gefürchteten Monster, genannt „Arab Street“. Gemeint sind die unterprivilegierten, vernachlässigten, verarmten Bevölkerungen der muslimischen Länder, die Opfer ihrer meist despotischen, durchweg undemokratischen, sozial ungerechten Systeme. Auf Grund der Bevölkerungsstruktur der muslimischen Länder besteht „Arab Street“ zum größten Teil aus frustrierten jungen Menschen. Erreichbar für religiösen und politischen Fanatismus, für die primitivste Hetze und Propaganda. Bereit, jederzeit zu Tausenden auf die Straße zu laufen, Fahnen zu verbrennen, Steine zu werfen, Kirchen anzuzünden, weil in einer westlichen Zeitung ein paar Karikaturen erschienen sind oder unter welchem Vorwand immer. Schon um von den unmenschlichen Verhältnissen in den eigenen Ländern abzulenken, schmähen und beschimpfen die Herrschenden der islamischen Staaten bei jeder Gelegenheit den Westen. Dessen Ansehen sinkt mit jedem Tag. Und der Westen, Amerika, Europa, lässt es mit sich geschehen.

Eigentlich war die Europäische Union als Ort gemeinsamer Politik gedacht. Was den Mittleren Osten betrifft, hat sie kein Konzept, folglich auch keine Politik. Das Gestammel der europäischen Hohen Vertreterin für Außenpolitik Catherine Ashton vor wenigen Tagen in Jerusalem offenbarte von neuem den zum Scheitern verurteilten, generell falschen Ansatz. Ihre erste Aussage war der übliche Allgemeinplatz: Sie sei gekommen, um sich für den Frieden in der Region einzusetzen. Zu Recht antwortete ihr der israelische Außenminister Lieberman, jeder Israeli wolle Frieden, die strittige Frage

sei nur, wie man ihn erreichen könne. Und zur Beantwortung dieser Frage trug die Besucherin ebenso wenig bei wie andere, die als Friedensbringer in unsere Region reisen, etwa der derzeitige amerikanische Präsident. Zweite Aussage Ashtons: Mit dem Iran versuche Europa immer noch den Verhandlungsweg, sogar den Beginn neuer Verhandlungen („We are still trying to start talks with Iran“). Hierauf gab es nicht mal mehr eine Antwort. Auf derlei Selbstbetrug reagiert man in Israel zunehmend mit Schweigen.

Auch was die amerikanische Nahost-Politik dieser Tage betrifft, hat man hier in Israel berechtigte Zweifel an ihrer Effizienz. Präsident Obama, der „Hoffnungsträger“, zeigt sich politisch unerfahren und erfolglos. Seine Selbstbeschuldigungen und Bücklinge vor dubiosen Despoten erweisen sich als taktische Fehler. Schon seine Kairoer Rede enthielt spektakuläre, aber unzutreffende Behauptungen, darunter Schmeicheleien wie diese: „Es war der Islam (...), der den Weg für die europäische Renaissance und Aufklärung bereitet hat.“ Er benutzte verfehlte Vergleiche, die für Verwirrung sorgten und die radikalen Kräfte der Region ermutigten. Er verglich den Holocaust, den systematischen Massenmord an den europäischen Juden, mit den „Leiden der Palästinenser unter der israelischen Besatzung“ und setzte beide Leidensgeschichten de facto gleich, womit er denen Argumentationshilfe lieferte, die Israels einen „Genozid an den Palästinensern“ vorwerfen – angesichts des Bevölkerungswachstums, der gesunkenen Kindersterblichkeit, des relativ hohen Lebensstandards der Palästinenser in der von israelischen Truppen besetzten Westbank eine offensichtliche Lüge.

Obama erklärte in der Kairoer Rede weiterhin: „Es besteht also kein Zweifel: Die Situation der Palästinenser ist unerträglich“. In Wahrheit leben die Palästinenser im Westjordanland weitaus besser als die Bewohner von Syrien, dem Irak oder Jemen, ihr Lebensstandard liegt über dem der meisten Araber im Mittleren Osten. Die Palästinenser profitieren zunehmend von Israels ökonomischem Aufschwung. Das Wirtschaftswachstum in den „Gebieten“ liegt bei 6%. Wenn jedoch der amerikanische Präsident vor aller Welt erklärt, ihre Lage sei „unerträglich“, ermutigt er sie nicht dazu, sich am friedlichen gemeinsamen Wirtschaftsaufschwung zu beteiligen, sondern eher, den gewaltsamen Kampf gegen Israel und den Westen zu forcieren, gegen einen Westen, der sich schwach und unentschlossen zeigt.

Erneut will Präsident Obama mit dem Iran in Verhandlungen treten, um ihn durch freundliche Gesten von seinem Plan abzubringen, atomare Waffen herzustellen. Schon

im vergangenen März musste sich Außenministern Clinton deshalb von Scheich Abdullah bin Zayed Al Nahyan, dem Außenminister der Vereinigten Arabischen Emirate, Vorwürfe anhören: der Scheich, sein Emirat und die anderen arabischen Anrainerstaaten am Persischen Golf wären die nächstliegenden Opfer eines expansiven, atomar gerüsteten Iran und sind verständlicherweise besorgt über die Tatenlosigkeit des Westens. Gemäss der neuen amerikanischen Taktik sofortigen Nachgebens, ging die amerikanische Außenministerin dem Scheich zuliebe auf Abstand zu den „Dialog“-Plänen ihres Präsidenten: „Hillary Rodham Clinton äußerte Zweifel, dass der Iran auf die Erklärungen der Obama-Administration reagieren werde, Teheran erneut einzubeziehen.“

Auch der saudische Außenminister bezweifelt Sinn und Erfolg der westlichen Politik gegenüber dem Iran: „Prinz Saud al Faisal erklärte auf einer Pressekonferenz in der saudischen Hauptstadt, dass die Drohung durch Irans nukleare Ambitionen schnellere Maßnahmen verlangt als nur Sanktionen.“ Die kaum vorstellbare Situation ist eingetreten, dass islamische, ihrerseits Terror und religiösem Fanatismus durchaus zugeneigte Staaten den Westen an seine Pflicht zur Selbstverteidigung erinnern. Was zunächst bedeutet: an seine Pflicht, die Alliierten des Westens gegen das expansive, sich nuklear bewaffnende Mullah-Regime zu schützen. Zu diesen pro-westlichen Staaten rechnet sich inzwischen offenbar auch Saudi Arabien, einst größter Sponsor des Terrorismus in der Region. Seit längerem ist bekannt, dass die Saudis ihren früheren Todfeind Israel unter der Hand eingeladen haben, bei einem Luftangriff auf iranische Atomanlagen saudisches Territorium zu überfliegen. So sehr haben sich die Verhältnisse im Mittleren Osten gewandelt. So sehr hoffen selbst muslimische Staaten auf ein entschlossenes Handeln des Westens.

© CHAIM NOLL, 2010

Erschienen: Zeitschrift Komma, Aachen, Heft 69, 2009